53. Jahrgang. № 246. Sonntag, 5. September 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,60 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Bezirk von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 50 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Chocoladen, Cacaos Desserts.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Kunst-Salon von **Emil Richter** Prager Strasse Prager Strasse **Hochzeits-Geschenke.** Geschmackvoll :: Künstlerisch :: Preiswert.

Meissner **Smyrna-Teppich-Fabrik** F. Louis Beilich, Königl. Hoflieferant, Meissen. Nur Prima-Kammgarn-Fabrikate. Handarbeit. Prämiiert mit goldenen Medaillen.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. **Beleuchtungs-Gegenstände** für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche.** Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte. **Hermann Pörschel** Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Etwas wärmer, zunehmende Bewölkung.

Auf dem Alldeutschen Verbandstag in Schandau wurden gestern Resolutionen in bezug auf die Welfenfrage, die Zweisprachigkeit im deutschen Reichsgebiet und Ablehnung der Einrichtung eines Bundesstaates Elsaß-Lothringen angenommen.

Prinz Heinrich von Preußen wurde gestern zum Großadmiral befördert.

Die gestrigen Auffahrten des „Z. III" mit den Reichsvertretern verliefen äußerst günstig.

Orville Wright unternahm gestern in Berlin seinen ersten öffentlichen Aufstieg.

Ueber die Lösung der Kretafrage und die Erhaltung der griechischen Dynastie wird voraussichtlich ein neuer Kongreß beraten.

Das chinesisch-japanische Uebereinkommen wurde gestern in Peking unterzeichnet.

Die Reichstagsersatzwahl in Schneeberg-Stollberg,

die auf den 7. dieses Monats angesetzt ist, hat für unsere engere Heimat eine besondere Bedeutung, weil sie ihre Schatten auf die gleichfalls in unmittelbarer Sicht befindlichen Landtagswahlen vorauswirft, die zum ersten Male unter der Herrschaft des neuen Wahlgesetzes vollzogen werden. In Schneeberg-Stollberg soll die Probe auf die Fähigkeit der bürgerlichen Parteien gemacht werden, dem gemeinsamen inneren Feinde gegenüber geschlossen zusammenzustehen und in praktischer Betätigung des Grundsatzes: „Das Vaterland über die Partei!" allen engherzigen Sonderbestrebungen Valet zu sagen, wo es sich um die Wahrung der höchsten nationalen und ethischen Interessen der bestehenden Ordnung und des monarchischen Staates gegenüber der zerstörenden Wühlarbeit der Sozialdemokratie handelt. Dieser Gesichtspunkt hat für Sachsen mit seiner dichten industriellen Bevölkerung überhaupt eine hervorragende Wichtigkeit, und er gewinnt um so mehr an Stärke und Gewicht, je größer der Spielraum ist, den das neue Wahlgesetz für den Landtag der sozialdemokratischen Werbearbeit gewährt, und in je höherem Maße es die Aussicht bietet, daß die Partei des Umsturzes unter den veränderten Bedingungen eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Mandaten — man schätzt sie auf 10 bis 15 — für sich erobert. Angesichts dieser Sachlage erscheint heute eine einheitliche Frontstellung der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie mehr als je vonnöten. Gerade darum müssen bei der Wahl in Schneeberg-Stollberg von bürgerlicher Seite die äußersten Anstrengungen gemacht werden, um, wenn nicht mit einem Siege für die staatserhaltende Sache, so doch mit einem moralischen Erfolge abzuschneiden, der im Lager der Umsturzpartei keine Zweifel darüber hinterläßt, daß bei den Vertretern der monarchischen Autorität und der staatlichen Ordnung der ernste, nachdrückliche und unerschütterliche Wille vorhanden ist, ohne Unterschied der Parteirichtung gegen die gesellschaftsfeindliche Tätigkeit der Sozialdemokratie die ganze Stoßkraft einer festgefügten bürgerlichen Phalanx ins Gefecht zu führen, um so die Möglichkeit eines für unser engeres Vaterland nach allen Richtungen hin verderblichen, übermäßigen Anschwellens der sozialrevolutionären Bewegung zu verhindern.

Betrachtet man die Stollberger Wahl von diesem Standpunkte aus, so kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß in den Reihen der bürgerlichen Parteien überall der leitende Gedanke einer gemeinsamen energischen Bekämpfung der Sozialdemokratie zum Durchbruch gekommen ist. Ganz besonders muß das selbstlose Verhalten des Bundes der Landwirte anerkannt werden, der in richtiger Würdigung der Lage die von jeder Verklausulierung und Hinterhältigkeit freie Parole ausgegeben hat, daß seine Anhänger Mann für Mann für den bürgerlichen Kompromißkandidaten Schuldirektor Vorwerk eintreten sollen. Diese von echt nationalem und staatserhaltendem Geiste diktierte Haltung verdient um so uneingeschränkteres Lob, wenn man sich der erbitterten und in der polemischen Form weitaus das zulässige Maß überschreitenden Angriffe erinnert, die auch bei uns in Sachsen gegen den Bund der Landwirte wegen seiner Stellungnahme zur Reichsfinanzreform in Sachen der Erbschaftssteuer gerichtet worden sind. Eine so durchaus rühmenswerte Beiseitestellung früherer Verärgerungen und Verbitterungen im entscheidenden Augenblicke kann nur dazu beitragen, die Sache der Ordnungsparteien für die bevorstehende Wahl ganz wesentlich zu fördern und ihren Anhängern auf allen Seiten den richtigen Grad von frisch-fröhlichem Kampfesmute und Siegeszuversicht zu geben, wie er zu einem schneidigen und zielbewußten Vorgehen auf der ganzen Linie erforderlich ist.

Daß freilich die Aussichten auf das Obsiegen des liberalen Kompromißkandidaten nicht besonders günstig sind, soll gar nicht geleugnet werden. Die Sozialdemokratie hatte schon 1903 in dem Wahlkreise mit 20 000 Stimmen, denen noch nicht 10 000 des konservativen Kandidaten gegenüberstanden, die Oberhand gewonnen, und sie hat sich auch bei den Neuwahlen des Jahres 1907, die unter dem Zeichen eines allgemeinen bürgerlichen Ansturms gegen die Partei des Umsturzes standen, noch mit einer Mehrheit von über 5000 Stimmen gegen den nationalliberalen Bewerber um das Mandat zu behaupten gewußt. Hiernach hat also die sozialrevolutionäre Partei eine gewisse Berechtigung zu der Auffassung, daß der Wahlkreis für sie zu den sogenannten „bombensicheren" gehöre. Gleichwohl halten zuverlässige Beurteiler der Sachlage, denen die Verhältnisse des Wahlkreises aus eigener Anschauung bekannt sind, daran fest, daß ein Sieg des bürgerlichen Kandidaten nicht unbedingt ausgeschlossen sei. Wie dem aber auch sein mag, auf jeden Fall muß jeder bürgerliche Wähler im vollen Maße seine Schuldigkeit tun, und kein einziger darf sich durch des Gedankens Blässe, daß der Sozialdemokrat ja doch durchkomme, ankränkeln lassen. Die Betätigung der Wahlpflicht bei einer Wahl, bei der so schwerwiegende Rücksichten des allgemeinen staatserhaltenden Interesses wie im Kreise Schneeberg-Stollberg in Frage kommen, ist in doppeltem und dreifachem Maße Ehrensache jedes patriotischen sächsischen Wählers, mag er liberal, konservativ oder freisinnig sein. Die bürgerliche Sache muß es unter allen Umständen auf eine derartige Stimmenzahl bringen, daß die Ehre voll gewahrt bleibt und die Drahtzieher der Sozialdemokratie die unumstößliche Ueberzeugung davontragen, es werde ihnen nicht gelingen, die mit der Zersprengung des Blocks im Reiche und der Auflösung des alten Kartells in Sachsen verbundenen Streitigkeiten zwischen rechts und links zur Stärkung der revolutionären Treibereien zu fruktifizieren.

Je nachhaltiger ein solcher Eindruck auf die Kreise, die innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie das Heft in der Hand halten, durch den Ausfall der Wahl erzielt wird, desto wirksamer wird er für die bevorstehenden Landtagswahlen sein. Es ist gar keine Frage, daß der revolutionäre Uebermut der Sozialdemokratie in demselben Maße wächst, wie sich auf bürgerlicher Seite Schwäche und Uneinigkeit als Folgen des parteipolitischen Haders bemerkbar machen. Sollte es daher den bürgerlichen Elementen Sachsens an der nötigen Geschlossenheit gegenüber den umstürzlerischen Bestrebungen fehlen, so würde mit Sicherheit zu gewärtigen sein, daß die in den neuen Landtag gewählten Sozialdemokraten alsbald ihre Mandate zur Entfaltung einer alles Maß übersteigenden revolutionären Agitation ausbeuten und insbesondere die Geduld der bürgerlichen Parteien durch die Zurschautragung einer erneuten wahlpolitischen Begehrlichkeit erschöpfen würden. Von dem, was in dieser Hinsicht die nächste Zukunft uns in Sachsen bescheren wird, gibt einen Vorgeschmack der Aufruf, den das Zentralkomitee der sächsischen sozialdemokratischen Partei an die „werktätige Bevölkerung" des Landes erlassen hat. Es kommt darin folgende bezeichnende Stelle vor: „Die Sozialdemokratie als stärkste politische Partei Sachsens tritt in Uebereinstimmung mit ihren Traditionen und den gefaßten Parteitagsbeschlüssen in den Landtagswahlkampf ein. Für sie kann es sich in diesem Kampfe nicht nur um Mandatserfolge handeln, sondern ihr Bestreben muß darauf gerichtet sein, das bestehende Wahlunrecht zu beseitigen und den Weg frei zu machen für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht mit Anwendung des Proportionalsystems". Diese Offenherzigkeit kommt gerade zur rechten Zeit, um allen bürgerlichen Kreisen ohne Ausnahme die Augen zu öffnen über die eigentlichen Absichten, von denen sich die Sozialdemokratie bei ihrem unausgesetzten Bestreben, neue Wahlunruhen zu erzeugen, leiten läßt, Absichten, die von einem preußischen sozialistischen Blatte noch in den letzten Tagen mit gleichfalls sehr dankenswerter Deutlichkeit dahin gekennzeichnet worden sind, daß die Partei des Umsturzes das gleiche Wahlrecht nicht etwa deshalb fordere, weil es allein der Gerechtigkeit entspreche, sondern — weil es den Klassenkampf der Arbeiter zu fördern geeignet sei und in dieser Beziehung „ungemein aufklärend und aufrüttelnd wirke". Das ist das wahre Gesicht der Sozialdemokratie; der Klassenkampf ist ihr oberstes Gesetz, und ein Wohl der Gesamtheit gibt es für sie nicht. Diesem einen Zwecke müssen sich alle anderen Rücksichten unterordnen, und ihm dient auch die rastlose Agitation zur Uebertragung des Reichstagswahlrechts, sogar in noch radikalisierter Gestalt, auf die Landtage der Einzelstaaten.

Wer es mit dem Wohle unserer engeren Heimat ernst meint, wird nicht im Zweifel darüber sein können, daß ein unbeugsamer Widerstand gegen die revolutionären Treibereien der Sozialdemokratie nach wie vor die oberste Aufgabe einer zielbewußten staatserhaltenden Politik ist und bleibt. Zur wirksamen Erreichung dieses Zieles aber ist eine Wiederannäherung zwischen rechts und links unerläßlich. Wo es die Bekämpfung der Sozialdemokratie gilt, muß der Partei des Umsturzes auf bürgerlicher Seite eine geschlossene Frontlinie einschließlich der Linksliberalen entgegengestellt werden, und insbesondere liegt den extremeren Elementen der Linken die unabweisliche Pflicht ob, alles zu unterlassen, was der Wahlrechtsagitation der sozialrevolutionären Partei Wasser auf die Mühlen schütten könnte. Wenn das Zusammengehen aller staatserhaltenden Parteien im Wahlkreise Schneeberg-Stollberg in diesem Sinne anregend und befruchtend auf die gesamte weitere Entwicklung unserer innersächsischen Verhältnisse und auf die nächsten Landtagswahlen einwirkt, so kann die patriotische Bedeutung der dort bewiesenen bürgerlichen Einigkeit nicht hoch genug veranschlagt werden.

Neueste Drahtmeldungen

vom 4. September.

Die Ausführungsbestimmungen zu den neuen Steuergesetzen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach den vom Bundesrate erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Leuchtmittelsteuergesetze, sowie zur Leuchtmittel-Nachversteuerung unterliegen der Nachsteuer alle Vorräte von elektrischen Glühlampen, einschließlich der Brenner zu Nernstlampen, von Glühstrümpfen, Brennstiften zu Bogenlampen und Quecksilberdampflampen, die sich bis zum 1. Oktober 1909 außerhalb eines angemessenen Herstellungsbetriebes oder einer Zoll- oder Steuerniederlage befinden, soweit sie nicht zu dem privaten Haushalt ihrer Besitzer (physischer Person) bestimmt sind. Das Gesetz erwähnt ausdrücklich als nachsteuerpflichtig sowohl die zur Versteuerung bestimmten als auch andere Vorräte. Es unterliegen also der Nachsteuer insbesondere auch die für gewerbliche oder Handelsbetriebe und die für öffentliche Zwecke beschafften Vorräte. Ausgeschlossen von der Nachsteuer sind die in Laternen, Lampen und dergleichen eingesetzten und entweder an eine Gas- oder Elektrizitätsleitung angeschlossenen oder bereits in regelmäßiger Benutzung gewesenen Glühlampen, Glühstrümpfe usw. Die Nachsteuer wird ferner nicht erhoben von den Beleuchtungsmitteln, die unter Steuerkontrolle ausgeführt oder auf eine Zoll- oder Steuerniederlage gebracht werden. Die der Nachsteuer unterliegenden Vorräte sind von demjenigen, der sie in Besitz oder Gewahrsam hat, spätestens am 7. Oktober bei der zuständigen Steuerhebestelle anzumelden. Die vom Gesetze vorgeschriebenen Anmeldevordrucke werden von den Steuerstellen unentgeltlich abgegeben. Beleuchtungsmittel, die sich am 1. Oktober unterwegs befinden, sind vom Empfänger anzumelden, sobald sie in seinen Besitz gelangt sind. In den Anmeldungsformularen werden Angaben verlangt über den Raum, in dem die Vorräte lagern, über die Art der Beleuchtungsmittel (Kernfaden, Metallfaden, Glühlampen, Nernstbrenner, Quecksilberdampflampen, Brennstifte aus Steinkohle oder Kohle mit Leuchtzusätzen). Ueber die Stückzahl der Glühlampen, Glühstrümpfe usw. und das Gewicht der Brennstifte zu Bogenlampen und Quecksilberdampflampen, ferner die Wattzahl, die der Gebrauchsspannung entspricht, oder, wenn diese nicht bekannt, ist neben der Art der Lampen die Kerzenstärke anzugeben. Die Kerzenvorräte werden einer Nachprüfung durch die Steuerbehörden unterzogen. Hinterziehungen der Nachsteuer und sonstige Verletzungen der öffentlichen Bestimmungen werden gemäß den gesetzlichen Vorschriften geahndet.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach § 42 des Zündwarensteuergesetzes unterliegen Zündwaren, die sich am 1. Oktober 1909 im Besitz von Herstellern außerhalb der Räume ihres angemeldeten Fabrikbetriebes oder im Besitze von Händlern, Wirten, Konsumvereinen, Kasinos, Logen und ähnlichen Vereinigungen befinden, der Zündwarensteuer in Form einer Nachsteuer. Die dazu vom Bundesrat erlassene Zündwarennachsteuerordnung bestimmt, daß als Händler im Sinne dieser Vorschriften alle Personen anzusehen sind, die vor Inkrafttreten des Gesetzes Zündwaren in größerer Menge angekauft haben, um sie

Jetzt ist der Stoff von Friedrich's Blöcken